

«Warum sollen wir die Gebühren erhöhen? Wir könnten ja die Leistung erhöhen, dann würden die Gebühren sinken.»

Der Ennetbürgler SVP-Landrat **Martin Zimmermann** hatte ein eigenes Rezept für kostendeckende Gebühren.

SPRÜCHE DES TAGES

«Dem Urheber dieses Vorstosses kann man zumindest nicht Wahlkampf vorwerfen, im Gegensatz zu den acht anderen Vorstössen, die wir noch behandeln.»

Der Buochser CVP-Landrat **Sepp Barmettler** zeigte Verständnis für den Vorstoss seines Kollegen **Bruno Duss** (FDP) zum Thema Gebühren. Dieser tritt nämlich zu den Wahlen nicht mehr an. Ganz anders die Urheber diverser anderer Vorstösse, die gestern behandelt wurden.

Mehrheit für günstiges Wohnen

NIDWALDEN Der Kanton soll den Bau von bezahlbarem Wohnraum fördern. Der Landrat hiess gestern den Gegenvorschlag zu einer SP-Initiative gut.

MARTIN UEBELHART
martin.uebelhart@nidwaldnerzeitung.ch

Die Initiative der SP und der Juso war gestern chancenlos. Der Landrat empfiehlt sie dem Stimmvolk mit 47 zu 8 Stimmen zur Ablehnung. Die Initiative will einen Passus ins kantonale Baugesetz aufnehmen, nach dem mit gezielten Anreizbestimmungen die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum gefördert werden soll.

Der Stanser SP-Landrat Rochus Odermatt betonte gestern im Rat, es gehe

nicht um sozialen Wohnungsbau, sondern darum, bezahlbare Wohnungen für normal verdienende Nidwaldner zu schaffen. Auch die Regierung räume ein, dass der Markt für günstigen Wohnraum offenbar nicht funktioniere. Damit bestehe die Gefahr, dass der Mittelstand respektive die einheimische Bevölkerung kaum mehr Wohnraum finde und sich in der Folge die Bevölkerungsstruktur negativ verändere. «Wenn ich das lese, klingeln bei mir die Alarmglocken», sagte Rochus Odermatt. «Höchste Zeit, Gegensteuer zu geben.»

Regelung nicht im Baugesetz

Baudirektor Hans Wicki sagte, es sei in der Tat so, dass bezahlbarer Wohnraum gesucht werde. Die Preissteigerungen bei den Mieten seien auch eine Folge der guten Politik in Nidwalden, der Landschaft und der Infrastruktur.

Die Regierung habe das Problem erkannt. Jedoch wehre sie sich dagegen, dies zwingend im Baugesetz zu regeln.

Darum brachte die Regierung einen Gegenvorschlag ins Spiel. «Dieser lässt mehr Optionen zu», so Wicki. Der Gegenvorschlag besagt vorderhand nur, dass der Kanton eine gesetzliche Grundlage zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum schafft. Wicki hielt auch fest, dass das Problem, was bezahlbar sei, noch niemand gelöst habe. Und er gab weiter zu bedenken, dass sich die Kontrolle wohl schwierig gestalten könnte.

Auf Druck der Initiative

Die Debatte zeigte, dass sich die Landrätinnen und Landräte über weite Strecken einig waren, dass der Kanton etwas unternehmen soll. «Es ist wichtig, Anreize für günstigen Wohnraum zu schaffen, aber nicht so wie SP und Juso es wollen», sagte Josef Niederberger (CVP, Oberdorf). Rochus Odermatt stellte mit Wohlwollen fest, dass der Druck der Initiative den Gegenvorschlag hervorgerufen habe. Dieser wolle im Grundsatz das Gleiche erreichen. Viktor Baum-

gartner (CVP, Beckenried) meinte, diese Anreize seien nicht über den Kanton zu regeln. Die Gemeinden seien dafür zuständig. Christian Landolt (SVP, Beckenried) gab zu bedenken, es sei nicht klar, ob man in die Eigentumsverhältnisse eingreifen müsse. Verschiedene Votanten sahen auch die Korporationen in der Pflicht. Diese könnten Land zur Verfügung stellen oder selber günstig bauen. Leo Amstutz (Grüne, Beckenried) zeigte sich überzeugt, dass auf Basis des Gegenvorschlags etwas Gutes geschaffen werden könne.

Abstimmung im Herbst

Baudirektor Hans Wicki betonte, die Regierung wolle keine Hoffnungen schüren. Wie die Gesetzesbestimmung aussehen werde, wisse er heute noch nicht. Der Rat empfahl den Gegenvorschlag mit 48 zu 8 Stimmen zur Annahme.

Initiative und Gegenvorschlag kommen voraussichtlich im kommenden Herbst an die Urne.

UND SONST

Baukredit

Der Landrat genehmigt die Ergänzung des Trottoirs auf einem Abschnitt der Kantonsstrasse in Emmetten. Gleichzeitig sollen eine Kurve verbreitert und eine Brücke saniert werden. Der Kantonsanteil beträgt 615 000 Franken.

Gotthardtunnel

Die Hergiswiler CVP-Landrätin Marianne Blättler zeigte sich enttäuscht über die Antwort zu ihrer Interpellation zur zweiten Gotthardtunnelröhre. Sie hätte sich gewünscht, dass die Regierung das Thema kritisch hinterfrage und Massnahmen zum erwarteten Mehrverkehr aufzeige (siehe Ausgabe vom 18. Januar).

Zentralbahntunnel

Marianne Blättler wollte zudem wissen, warum man noch immer auf den Vorbericht zu den Zentralbahntunnelvarianten in Hergiswil warte. Baudirektor Hans Wicki sagte in der mündlichen Antwort, der Schlussbericht liege der Regierung vor. Sobald die involvierten Partner wie Luzern und Obwalden informiert seien, könne sich auch der Landrat (wohl in der zweiten Jahreshälfte) dazu äussern. Das Ganze habe sich verzögert, weil man zur Erhöhung der Chancen des Vorhabens zusätzlich noch eine offene, ebenerdige Führung habe prüfen und mit den Tunnelvarianten vergleichen müssen.



Neuer Stansstadler Landrat legt Eid ab

Gestern wurde Ruedi Ammann (SVP) aus Stansstad als Landrat vereidigt. Zudem wurde er in die Kommission für Finanzen, Steuern, Gesundheit und Soziales sowie

in die Bankprüfungskommission gewählt. Ammann rückt für Peter Wyss nach, der nach Stans umgezogen und aus dem Landrat ausgeschieden ist. Bild Corinne Glanzmann

Kurt Blöchliger ist gestorben

ENNETBÜRGEN mvr. Im 86. Altersjahr ist alt Regierungsrat Kurt Blöchliger am Sonntag in Engelberg gestorben, wie Landratspräsident Maurus Adam gestern an der Sitzung des Parlaments bekannt gab. Der FDP-Politiker war von 1978 bis 1982 im Landrat und wurde dann an der Landsgemeinde in den Regierungsrat gewählt. Der Arzt übernahm das damalige Fürsorge- und Sanitätsdepartement. An der Landsgemeinde 1994 trat er als Regierungsrat zurück. In seine Amtszeit fiel der grosse Umbau des Kantonsspitals in Stans.

Angesprochen auf seinen Quereinstieg in die Politik bezeichnete sich Blöchliger im April 1994 in einem Interview als «Proporz-Nomination». Weil die Liberalen damals bei den ersten Proporzwahlen im Landrat Sitze gewonnen hatten, hätten sie ihn als Kampfkandidaten nominiert. «Zuvor habe ich nicht aktiv politisiert, war aber ein regelmässiger Besucher der Gemeindeversammlung.»



Planung läuft mit Obwalden weiter

PSYCHIATRIE mvr. Regula Wyss (Grüne, Stans) wollte von der Regierung wissen, wie es um die künftige Zusammenarbeit Ob- und Nidwaldens in der Psychiatrie stehe, nachdem Obwalden die Erweiterungspläne 2012 sistiert hatte. Gesundheitsdirektorin Yvonne von Deschwanden bekräftigte in der mündlichen Antwort: «Nidwalden sieht nicht vor, selber ein stationäres Angebot in Akutpsychiatrie zu schaffen.» Die Vereinbarung mit Obwalden ermögliche es, im Rahmen der Grundversorgung Patienten nach Sarnen zu schicken. Seit Spätherbst 2013 liege ein Masterplan vor, in dessen Rahmen auch der Betten- und Platzbedarf bis 2020 diskutiert worden sei. «Die Privatklinik Meiringen und die Luzerner Psychiatrie werden ebenfalls in die Psychiatrieplanung unseres Kantons einbezogen», betonte von Deschwanden. Man habe 2012 aus der gemeinsamen Psychiatrie 130 Austritte gezählt, 189 aus anderen Institutionen. Die Tagespauischalen lägen in den Häusern bei knapp 600 Franken.

Regierung will nicht spekulieren

MONDOBIOTECH mvr. Ob es nicht möglich wäre, die Terrametric (ehemals Mondobiotech) zu verpflichten, die Räume des ehemaligen Kapuzinerklosters teilweise anders zu nutzen, falls sie nicht selber Bedarf hat, wollte Rochus Odermatt (Grüne, Stans) von der Regierung wissen. Baudirektor Hans Wicki sagte in der mündlichen Antwort, es entziehe sich der Kenntnis der Regierung, wie viel Fläche die Firma nutze. «Es ist aber auch nicht Pflicht des Baurechnehmers, dem Kanton Informationen zu geben, noch sieht sich der Kanton veranlasst, diese einzufordern, solange der Baurechtszins bezahlt wird», betonte Wicki. «Der Kanton kann den Baurechtsnehmer auch nicht veranlassen, die Räume anders zu nutzen.» Er betonte zudem, der Kanton sei an der Firma finanziell nicht beteiligt. Die Regierung beteilige sich auch nicht an Spekulationen über die Zukunft der Firma «und sieht sich auch nicht dazu veranlasst, über spekulative Eventualitäten nachzudenken».

Letztes Jahr gab es 77 700 Franken

VR-MANDATE mvr. Jörg Genhart (SVP, Stans) wollte von der Regierung wissen, welche Mitglieder in Verwaltungsräten sitzen und wie viel Geld sie dadurch in den vergangenen vier Jahren der Staatskasse abgeliefert hätten. In seiner mündlichen Antwort sagte Finanzdirektor Hugo Kayser, seit 2010 seien folgende Summen zusammengekommen und gemäss Gesetz an den Staat gegangen: 47 900, 61 700, 74 300 und letztes Jahr 77 700 Franken. Das könne man auch in der Staatsrechnung nachlesen. Die Finanz- und die Aufsichtskommission könnten die Zahlen zudem jederzeit überprüfen. Die Regierung gehe davon aus, dass alles «ordnungsgemäss abgeliefert» worden sei. Zur Liste der Verwaltungsratsmandate verwies Kayser auf den im Internet öffentlich einsehbaren Staatskalender. Zudem erinnerte er daran, dass der Landrat im September 2013 einen Bericht seines Büros zum Entschädigungsgesetz oppositionslos durchgewinkt und keinen Handlungsbedarf gesehen habe.

Steuererhöhung bleibt ein Thema

NATIONALBANK mvr. Wie der Regierungsrat die Ausfälle von 3,4 Millionen Franken wegen der fehlenden Gewinnausschüttung der Nationalbank auffangen wolle und ob deswegen eine Steuererhöhung geplant sei, wollte Michèle Blöchliger (SVP, Hergiswil) wissen. Finanzdirektor Hugo Kayser bestätigte gestern im Landrat, dass dieser Betrag fehlen werde und sich das Budget 2014 entsprechend verschlechtere. In der mündlichen Antwort sagte er auch, die Regierung plane deswegen «keine besonderen zusätzlichen Massnahmen fürs Budget 2014». Man sei nach Rückweisung der Finanzpläne durch den Landrat ohnehin an einem Massnahmenplan, den man noch vor den Sommerferien vorlegen wolle. In diesem Rahmen bleibe eine Steuererhöhung weiterhin ein Thema. Im übrigen sagte Kayser, das Resultat der Umfrage bei Parteien und in der Verwaltung, Möglichkeiten für Leistungsverzicht zu melden, sei «ernüchternd» ausgefallen. Zwei Parteien hätten gar nicht geantwortet.